

Pro und contra CVP-Familieninitiative

Jetzt sind die Familien dran!

Von Christophe Darbellay

Stellen Sie sich vor, Sie hätten zwei Kinder und lebten mit Ihrer Familie in der Stadt Bern. Ihr Jüngster geht zur Schule, der Ältere absolviert eine Berufsausbildung. Sie haben ein steuerbares Einkommen von exakt 50 000 Franken. Dann flattert die Rechnung der Kantons- und Bundessteuern ins Haus – und beträgt nur 7594 Franken. Dieses Szenario erfüllt sich, wenn unsere Initiative zur Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen angenommen wird. Heute werden Ihre Zulagen von 5400 Franken, welche der Arbeitgeber ausbezahlt, zum steuerbaren Einkommen gerechnet. Das erhöht Ihre Steuerrechnung um satte 1255 Franken auf 8849 Franken jährlich. Über 20 Prozent der Zulagen müssen Sie also dem Fiskus abliefern. Nicht nur in Bern, sondern in der ganzen Schweiz. In Zürich bezahlen Sie beim gleichen steuerbaren Einkommen 710 Franken mehr Steuern, in Basel sind es 1201 Franken, in Lausanne 1038 Franken.

Die Zulagen sind dafür gedacht, Familien mit Kindern – insbesondere solchen in Ausbildung – finanziell zu entlasten. Derzeit kommen sie aber einer Lohnerhöhung gleich. So rutschen die Familien in eine höhere Steuerprogressionsstufe – nur weil sie Kinder haben. Es kann nicht Sinn und Zweck der Familienzulagen sein, dass die Arbeitgeber die Familien auf der einen Seite finanziell unterstützen, der Staat ihnen aber auf der anderen Seite gleich einen Teil dieses Betrages wieder wegnimmt. Dies widerspricht dem staatlich festgelegten Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die Linke wirft der Initiative vor, sie würde nur den reichen Familien nützen und eine Durchschnittsfamilie «könnte sich mit dem ersparten Geld gerade einmal einen Eintritt in den Zoo leisten». Wenn die Linken den Nutzen der Initiative besser verstünden, wenn man ihn in Zoobesuchen aufrechnet, so nehme ich das Beispiel von Bern gerne noch einmal auf: Das Familienticket für den Tierpark Dählhölzli kostet 24 Franken. Die oben erwähnte Familie, die ein eher tiefes Einkommen hat, kann mit der Ersparnis 52 Mal in den Tierpark gehen – jede Woche einmal.

Tatsächlich sparen mit unserer Initiative alle Familien mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung. Dies ist eine Entlastung, unabhängig davon, wie und wovon die Familie lebt. Steuerfreie Zulagen kommen den Familien sofort zugute. Diese rutschen nicht mehr in eine höhere Progressionsstufe, sondern kompensieren einen Teil der Kinder- und Ausbildungskosten direkt. Damit verbessert sich ihre Kaufkraft. Die Familien bezahlen so weniger Steuern und profitieren aufgrund ihres gesenkten steuerbaren Einkommens von einem günstigeren Tarif bei der Kindertagesstätte. Gleiches gilt für den Zugang zu Prämienvorbildungen oder Stipendien. Wer dabei den Blick nur auf die Bundessteuer wirft, macht übrigens einen groben Denkfehler, denn die Steuerreduktion bezieht sich auch auf Kantons- und Gemeindesteuern.

In unserem Land werden eine Million Haushalte mit Kindern von der Steuerbefreiung der Zulagen profitieren. Die grosse Mehrheit dieser Familien braucht zwei Einkommen, um über die Runden zu kommen, denn schon mit dem ersten Kind büsst eine Familie 40 Prozent ihrer Kaufkraft ein. Durchschnittlich betragen die direkten Konsumkosten 1000 Franken pro Monat und Kind. Bei

zwei Kindern sind es 1600 Franken. Dabei sind Einbussen beim Erwerbseinkommen noch nicht einberechnet. Gerade einmal 6 Prozent aller Kinder in der Schweiz leben in Familien mit hohem Einkommen. Demgegenüber leben 73 Prozent aller Kinder in Familien mit einem steuerbaren Einkommen unter 100 000 Franken. Ihnen muss jetzt, und nicht erst in ein paar Jahren, geholfen werden. Die Steuerbefreiung der Zulagen wirkt sofort.

Die Entlastung der Familien wird den Staat etwas kosten. Dies darf aber kein Argument gegen die Initiative sein. Das Geld gehörte eigentlich noch nie dem Staat. Es gehörte schon immer den Familien und wurde ihnen Jahr für Jahr unberechtigterweise weggenommen. Die fünf Milliarden Franken an Zulagen stehen den Familien und nicht dem Staat zu. Es ist daher falsch, von Mindereinnahmen bei den Kantonen und beim Bund zu sprechen. Es geht hier um eine längst fällige Korrektur!

Nach der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform II Ende Februar 2008 versprach der damalige FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz, dass die Familien entlastet würden. Wörtlich sagte der damalige Finanzminister gegenüber dem «St. Galler Tagblatt»: «Am stärksten belastet sind die Steuerpflichtigen mit Kindern. Dort will ich ansetzen. Jetzt sind die Familien dran.» Nach sieben Jah-

Die Schweiz muss nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Familien attraktiv bleiben.

ren ist es an der Zeit, die FDP an ihr Versprechen zu erinnern und dessen Einlösung konsequent zu fordern. Der Bundesrat will nämlich bereits eine weitere Unternehmenssteuerreform umsetzen, die wieder Milliarden kosten wird. Offensichtlich übersieht der Bundesrat dabei, dass die Schweiz nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Familien attraktiv bleiben muss.

Zusammengefasst: Um die Kaufkraftminderung für die Familien zu kompensieren, werden Kinder- und Ausbildungszulagen ausgerichtet. Die Zulagen sind unabhängig vom Einkommens- und Vermögensniveau der Familie. Bis anhin kommen die Zulagen einer Lohnerhöhung gleich, die ausschliesslich durch Elternschaft begründet wird. Dieser Lohnzuschlag ist fiskalisch von Bedeutung: Die Familien rutschen in eine höhere Steuerprogressionsstufe und zahlen mehr Steuern. Familien mit tieferem Einkommen und Familien im Mittelstand sind auf eine Entlastung bei ihren Steuern angewiesen. Unsere Initiative will, dass die Zulagen spätestens ab 2017 nicht mehr zum Erwerbseinkommen gerechnet und besteuert werden. Die CVP will, dass die Schweiz auch in Zukunft für unsere Familien lebenswert ist.

Christophe Darbellay ist Präsident der CVP Schweiz und Walliser Nationalrat.

sko. · Die Familieninitiative der CVP will die Bundesverfassung mit einem kurzen Satz ergänzen: «Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei.» Im November 2012 hatte die Partei das Begehren zusammen mit ihrer Initiative gegen die Heiratsstrafe eingereicht; am 8. März nun werden Volk und Stände über die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» abstimmen. Für die CVP hat das derzeitige System eine «ungerechtfertigte Erhöhung des steuerbaren Einkommens» zur Folge, wie Parteipräsident Christophe Darbellay – selber Vater von drei Kindern – moniert; dabei seien die Steuerpflichtigen mit Kindern sowieso am stärksten belastet. Es werde übersehen, dass die Schweiz nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Familien attraktiv bleiben müsse. Auch der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer hat drei Kinder. Er aber warnt vor einer «doppelten Umverteilung von unten nach oben». Die CVP-Familieninitiative entlaste primär die reichen Familien. Ärmere Familien, die finanziell wirklich am Limit seien, hätten wenig bis gar nichts davon. Aebischer appelliert an die Stimmbürger, weitsichtig zu denken und statt «den Spatz in der Hand die Taube auf dem Dach zu fokussieren». Denn in Zeiten leerer Kantonskassen werde die Sparschraube bei einer Annahme der Initiative weiter angezogen.

Undurchsichtige Umverteilungs-Initiative

Von Matthias Aebischer

Als ehemaliger «Tagesschau»-Reporter bin ich es gewohnt, die Welt in fernsehtaugliche «Zweiminutenstücke» aufzuteilen. Wer einen solchen Videobeitrag verschriftlicht, erhält rund 1000 Zeichen, exklusive Interviews mit Dritten und Textteilen. Um meinen Standpunkt zur CVP-Familieninitiative zu erläutern, erhalte ich hier 5800 Zeichen. Darüber bin ich sehr froh. Froh deshalb, weil die Erklärung, weshalb sich die Familienpartei SP gegen eine Familieninitiative ausspricht, den Rahmen eines «Zweiminütens» sprengen würde. Ja, es ist kompliziert.

Verlockend klingt die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen». Es wird doch niemand etwas gegen die finanzielle Besserstellung von Familien haben. Oder doch? Zwei Fragen lassen erahnen, dass die Initiative einen Pferdefuss hat. Erstens: Welche Familien sollen entlastet werden? Zweitens: Auf wessen Kosten soll dies geschehen?

Die erste Frage möchte ich mit einem Zahlenbeispiel beantworten: Eine Familie mit zwei Kindern (14 und 17 Jahre), die in der Stadt Zürich lebt und ein steuerbares Einkommen von 20 000 Franken hat, würde jährlich um 243 Franken entlastet. Hätte dieselbe Familie plötzlich ein Einkommen von 100 000 Franken, dann müsste sie bei Annahme der CVP-Familieninitiative schon 1222 Franken weniger Steuern bezahlen.

Verdiente die gleiche Familie stattdessen 250 000 Franken im Jahr, könnte sie gar 2009 Franken Steuern sparen. Gar nicht profitieren würde von der «Familieninitiative» die ärmste Familie mit einem steuerbaren Einkommen von rund 10 000 Franken. Der Unterschied der Einsparungen zwischen reichen und weniger reichen Familien wäre bei einer Annahme der Initiative in andern Kantonen noch grösser. Im Kanton Neuenburg würden die Eltern mit dem hohen Einkommen von 250 000 Franken zehnmal mehr profitieren als jene mit dem kleinen steuerbaren Einkommen von 20 000 Franken.

Die CVP-Familieninitiative entlastet also primär die reichen Familien. Ärmere Familien, die finanziell wirklich am Limit sind, haben wenig bis gar nichts davon. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Initiative zur Ablehnung empfiehlt. Man könnte nun argumentieren, dass trotz dieser Ungerechtigkeit ja fast alle Familien weniger Steuern bezahlen würden und dies besser sei als gar keine Entlastung. Mit andern Worten, lieber den Spatz in der Hand halten, als auf die Taube auf dem Dach zu fokussieren.

Davor möchte ich eindringlich warnen. Eine gerechte Familienentlastung wäre bei einer Annahme der CVP-Familieninitiative vom Tisch – für Jahrzehnte. Das wäre verheerend, denn es gibt gerechtere Systeme, um Familien zu entlasten. Die SP schlägt vor, anstelle der Reduktion von steuerbarem Einkommen den Familien pro Kind eine Gutschrift zu entrichten, unabhängig von Einkommen und gewähltem Familienmodell. Die Höhe dieser Gutschrift wäre von den Kantonen festzulegen. Diese Gutschriften hätten den Vorteil, dass auch Einzelhaushalte und Familien mit geringem Einkommen entlastet würden. Eine Gutschrift von sagen wir einmal 2000 Franken pro Kind und Jahr käme also auch dem unteren Mittelstand und den ärmeren Familien sowie den

Alleinerziehenden zugute. Kommt hinzu, dass wir die Gutschrift als Ersatz der bisherigen Kinderabzüge bei den Steuern vorschlagen. Diese Art von Familienunterstützung wäre im Gegensatz zur CVP-Familieninitiative also mehr oder weniger kostenneutral.

Dass die SP eine solche Umverteilung von unten nach oben nicht unterstützt, liegt auf der Hand. Somit komme ich zur Beantwortung der zweiten Frage: Auf wessen Kosten sollen die Familien entlastet werden? Gemäss Botschaft des Bundesrates hätte die CVP-Familieninitiative für Bund und Kantone Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken zur Folge. Allein der Kanton Zürich würde 115 Millionen Franken Kantons- und Ge-

Eine gerechte Familienentlastung wäre bei einer Annahme der Initiative für Jahrzehnte vom Tisch.

meindesteuern verlieren. Insgesamt müssten die Kantone und Gemeinden mit einem Minus von jährlich 767 Millionen Franken rechnen, und dies nicht erst in ein paar Jahren, sondern gemäss Botschaft des Bundesrates direkt nach der Volksabstimmung. Ein Ja würde also bereits den Rahmen der Budgets 2015 sprengen.

Auch in den Finanzplänen der Kantone sind keine Mindereinnahmen in jährlich dreistelliger Millionenhöhe vorgesehen. Das heisst, dass in Zeiten leerer Kantonskassen die Sparschraube weiter angezogen werden müsste. Bereits in den vergangenen Jahren ist in vielen Kantonen bei der Bildung, der medizinischen Versorgung, aber auch bei Prämienvorbildungen oder familienergänzenden Betreuungsangeboten gespart worden.

Solche Sparmassnahmen treffen vor allem Leute und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Leidtragende wären also genau jene Familien, welche die CVP zu entlasten vorgibt. Die Initiative hätte also eine doppelte Umverteilung von unten nach oben zur Folge.

Genaueres Hinsehen lohnt sich bei dieser undurchsichtigen Vorlage. Denn auf den zweiten Blick zeigt sich, dass die Möglichkeit für eine gerechtere Entlastung von Familien bei einer Annahme verbaut wird. Weitsichtig haben in diesem Fall auch National- und Ständerat entschieden. Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 131 zu 39 Stimmen ab. Der Ständerat sprach sich mit 32 zu 13 Stimmen ebenso deutlich gegen die CVP-Familieninitiative aus. Auch der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Ich hoffe, dass sich auch die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Zeit nehmen und etwas genauer hinschauen. Denn der Titel alleine tönt verlockend. Aber eben, um die negativen Auswirkungen dieser Initiative überblicken zu können, muss man die Welt des «Zweiminütens» kurz verlassen.

Matthias Aebischer ist Berner SP-Nationalrat.